

Antrag 86/II/2021**Abt. 03/14 (Pankow)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Senior:innen u.a.**

1 Die SPD fordert ihre Mandatsträger:innen im Bundestag
 2 und ihre Vertreter:innen in der Bundesregierung auf, sich
 3 für gezielte Maßnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen
 4 Teilhabe von Senior:innen und anderen von Einsamkeit
 5 betroffenen Menschen einzusetzen.

- 6
- 7 • Unterstützung der Regionalträger der Deutschen
 8 Rentenversicherung und von Kommunalverwaltungen
 9 bei der Zusammenstellung von regionalen Kontaktstellen
 10 und Angeboten, bei denen Personen ehrenamtlich tätig
 11 werden können
 - 12 • Versand der Informationen zusammen mit dem Bescheid
 13 der verschiedenen Rententräger bzw. Versorgungsämter
 - 14 • Kommunalverwaltungen sollen o.g. Informationen
 15 ebenfalls zur Verfügung stellen, wenn eine Ummeldung
 16 des Wohnortes erfolgt
- 17
18
19

Begründung

20
 21 Insbesondere beim Übertritt in die Rente und beim Wechsel
 22 des Wohnortes sind Menschen gefährdet, gewohnte soziale
 23 Gruppen zu verlieren und keine neuen aufzubauen. Studien
 24 zeigen, dass dies oft mit Einsamkeit und einer Vielzahl von
 25 Erkrankungen einhergehen kann.[1]¹ Um dem präventiv
 26 entgegenzuwirken, sollte an zentralen Stellen über die
 27 Möglichkeiten sozialer Teilhabe und deren gesundheitsförderlicher
 28 Wirkung aufgeklärt werden. Da nahezu alle Rentner:innen
 29 einen Rentenbescheid erhalten und bei jedem Umzug ein Termin
 30 bei der örtlichen Kommunalverwaltung erfolgt, sind dies zwei
 31 geeignete Gelegenheiten für die Verbreitung dieser Informationen,
 32 beispielsweise durch einen Flyer.

33
34
 35 Dieser Ansatz zeichnet sich durch eine gerechte, weil flächendeckende,
 36 Informationsweitergabe und einen solidaren Aspekt aus. Denn durch
 37 die ehrenamtlichen Tätigkeiten ist nicht nur den Personen selbst,
 38 sondern auch der Gesellschaft geholfen. (Ergänzt werden soll
 39 dieser Ansatz u.a. durch eine generelle Sensibilisierung relevanter
 40 Berufsgruppen, wie im Antrag „*Schulung von geeigneten Multiplikatoren:innen zum Thema Einsamkeit*“ beschrieben.)
 41 [1]² *Gehirn & Geist* (Ausgabe 8/2020, S. 12-19) „Die Heilkraft
 42 des Wir“, ausführlich in: Haslam, C. et al.: *The new psychology of health: Unlocking the social cure*. Routledge, 2018.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD fordert ihre Mandatsträger:innen im Bundestag und ihre Vertreter:innen in der Bundesregierung auf, sich für gezielte Maßnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Senior:innen einzusetzen. Dazu ist es erforderlich, die im § 71 SGB XII vorgesehenen Strukturen und Leistungen als staatliche Pflichtaufgaben verbindlich - vorzugsweise durch ein Altenhilfestrukturegesetz - zu regeln.

Begründung:

Die Altenhilfe gemäß § 71 SGB XII soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern. Senior:innen sollen die Möglichkeit haben, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Um das zu erreichen, sind im § 71 eine Reihe von Leistungen und Ansprüchen niedergelegt, die sich sowohl auf örtliche Infrastrukturen als auch auf Einzelleistungen beziehen.

Bereits der siebte Altenbericht der Bundesregierung vom November 2016 enthält die Empfehlung, zur Förderung und zum Ausbau der Altenhilfestrukturen ein Bundesgesetz zu initiieren. Diese Empfehlung ist bisher weder umgesetzt noch sind die Leistungen und Ansprüche Pflichtaufgaben des Staates.